

BERNER

# FREISINN

## Wir machen die Schweiz stark!

### FDP Frauen: Blog

Wie bereits letztes Jahr präsentieren wir im Blog auf der Website der FDP Frauen Kanton Bern jeden Monat einen neuen Text. In dieser Ausgabe: Amélie Moser, 1839 bis 1925. Ein grosses, lebenslanges Anliegen ist ihr der Kampf gegen Schnaps und Alkoholsucht. Eine Suppenküche und Hauswirtschaftsausbildung scheinen ihr dabei der beste Weg gegen Armut und Verwahrlosung.

Seite 4

### Immer hart am Ball

Im Trubel um den Sitzverlust der FDP im Kanton Bern ging fast unter, dass Christian Wasserfallen, unser Mann in Bern, wieder mit einem Glanzresultat in den Nationalrat gewählt wurde. Christian Wasserfallen ist bereits in der 5. Legislatur als Nationalrat tätig. Trotz seiner langjährigen Erfahrung als Nationalrat ist er nach wie vor hungrig und gewillt, sich für das Wohl der Schweiz, für den Kanton Bern und für die liberalen Werte einzusetzen.

Seite 5

### Jungfreisinnige

Das neue Jahr bringt viele neue Herausforderungen und Projekte mit sich. Denn neben vielen wichtigen Wahlen steht im März auch ein Prestigeprojekt der Jungfreisinnigen zur Diskussion. Die Renteninitiative darf auf keinen Fall untergehen. Aus diesem Grund müssen wir gemeinsam alles geben, damit wir dieses Projekt zum Erfolg führen können.

Seite 7



Carlos Reinhard,  
Präsident Grossratsfraktion

## Noch lange nicht am Ziel

«Wir lehnen alle Anträge einer Verhinderung einer Steuersenkung vehement ab. Sollten diese angenommen werden, werden wir im Gegenzug das ganze Budget ablehnen.» Diese Ansage machte Fraktionspräsident Carlos Reinhard in der Wintersession bei den Verhandlungen des Budgets 2024.

Der Einsatz hat sich gelohnt. Die Steuern für juristische Personen konnten ein wenig gesenkt werden. Trotzdem ist der Kanton Bern in der Steuern-Hitparade nach wie vor auf dem letzten Platz. Und die in Aussicht gestellte Steuersenkung für natürliche Personen wurde aufgrund der fehlenden Nationalbankgewinne um ein Jahr verschoben. Die FDP-Grossratsfraktion bleibt aber dran. Carlos Reinhard hat für die Frühlingssession einen Vorstoss eingereicht, dass Firmen künftig nur noch eine freiwillige Kirchenabgabe leisten.

Autor: Daniel Beyeler

# Inhalt

- 3–7 Berner Freisinn
- 8–10 Kampagnen
- 11 Parolenspiegel
- 12 Rückblick Wintersession
- 13/14 Rückblick Bundesratswahlen
- 15–17 Delegiertenversammlung 2024 in Zug
- 18/19 Europapolitik
- 20/21 Migrationspolitik
- 22 Energiepolitik
- 23 Kolumne Andri Silberschmidt



## Längst fällige Reformen anpacken

### FDP übernimmt Verantwortung

#### Liebe Freisinnige

Die 52. Legislaturperiode hat soeben begonnen. Die vergangene Legislatur war geprägt von Krisen, geopolitischen Verwerfungen und einem ausgesprochenen Reformstau im Inland. Mehrmals setzte der Bundesrat Notrecht ein, in etlichen Bereichen blockierte das Parlament sich selbst. Auch wenn die Welt in den vergangenen Monaten vor neue Herausforderungen gestellt wurde: Es ist unabdingbar, dass unser Land in den kommenden vier Jahren die längst fälligen Reformen in der Altersvorsorge, im Gesundheitswesen oder in der Sicherheits- und Energiepolitik anpackt und umsetzt. Dazu braucht es Gestaltungswillen, Zuversicht, Mut, Konsensfähigkeit. Als bürgerlich-liberale Kraft übernehmen wir Freisinnige Verantwortung für unsere Schweiz und prägen stabile und mehrheitsfähige Wege für die Herausforderungen dieser Zeit.

#### Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis wiedergewählt

Eine erste Duftmarke setzte das Parlament anlässlich der Wiederwahl der bisherigen Bundesräte. Trotz Ränkespielen von Mitte-links hat sich die Bundesversammlung am Ende zu den etablierten und bewährten Regeln bekannt, wonach die drei stärksten Parteien Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat und die viertstärkste Partei Anspruch auf einen Bundesratssitz hat. Diese Zauberformel sowie die Konvention, dass amtierende Bundesräte nicht abgewählt werden, bringen unserem Land Stabilität. Eine Stärke, die nicht leichtfertig aufgegeben werden darf.

#### Zukunft der AHV: Verantwortung übernehmen, Realitäten anerkennen

Die FDP ist die bürgerlich-liberale Kraft, die seit

jeder Verantwortung für dieses Land übernimmt. Wir erkennen Realitäten und richten unsere Lösungsvorschläge danach aus, anstatt wie Mitte-links und die SVP Trautänzerei zu betreiben und die Augen vor den Tatsachen zu verschliessen. Wir Freisinnigen muten es den Schweizerinnen und Schweizern zu, zur Sicherung der AHV mit der Renteninitiative eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters vorzuschlagen. Und wir stehen hin und sagen: Mit der 13. AHV-Rente fahren wir unser wichtigstes Sozialwerk innert weniger Jahre an die Wand. Diese Rentenerhöhung per Giesskanne ist weder sozial noch generationengerecht noch nachhaltig.

#### Weiterentwicklung bilaterale Beziehungen mit EU

Ebenso ist es im Interesse der Schweiz, dass die Beziehungen mit der EU wieder auf eine solide Basis gestellt werden. Der Fortschritt des Bundesrates, ein Verhandlungsmandat zur Weiterentwicklung des bilateralen Wegs zu verabschieden, ist zu begrüssen. Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Wir teilen eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Werte. Nun ist es unerlässlich, dass alle Akteure ihre Verantwortung wahrnehmen und sich für eine mehrheitsfähige Lösung einsetzen. Alle politischen Parteien und Sozialpartner haben ihre kurzfristigen Wahl- oder Partikularinteressen dem Wohl des Landes hintanzustellen.

**Ihr Thierry Burkart**  
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Sandra Hess



### Liebe Mitglieder und liebe Freunde der FDP. Die Liberalen Kanton Bern

2024 wird ein richtungsweisendes Jahr für die FDP. In fast 100 Gemeinden finden Wahlen statt. Landauf, landab stellen sich verantwortungsbewusste und fähige Leute für Exekutiv- und Legislativämter zur Verfügung. Frauen und Männer, die bereit sind, sich für ein funktionierendes Gemeinwesen, ein faires und eigenverantwortliches Zusammenleben und ein Gleichgewicht der Interessen von Gesellschaft und Wirtschaft einzusetzen. Der Einsatz auf kommunaler Ebene ist zentral für die Wiedererstarkung der FDP im Kanton Bern, davon bin ich überzeugt.

In einer Zeit, in der fast alle Parteien nach einem starken Staat rufen, in der jene Aufmerksamkeit bekommen, die die extremsten Forderungen stellen, wird es für die FDP vermutlich lange nicht mehr möglich sein, eine Mehrheitspartei zu werden. Aber ich bin der festen Meinung, dass eine FDP, die für ihre freisinnigen Überzeugungen einsteht, die Verantwortung übernimmt und klare Botschaften absetzt, sich weiterhin eine kraftvolle Minderheit der Stimmen hinter sich vereinen kann.

Das heisst aber auch, dass wir lernen müssen, Verunglimpfungen und Angriffe durch die Mehrheiten auszuhalten und bei unserer Meinung zu bleiben. Wir müssen auch einmal aussichtslose Kämpfe fechten, wenn wir es aus Überzeugung tun. Wir müssen aufhören, aus Vernunft zu schweigen, und anfangen, aus Überzeugung zu reden!

Genauso machen es die Jungfreisinnigen mit ihrer Renteninitiative. Es erfordert Mut und eine dicke Haut, nur gerade ein Jahr nach der Anhebung

des Rentenalters für Frauen das Thema «länger arbeiten» erneut aufzugreifen. Entsprechend gering war die Begeisterung für das Anliegen bei Bundesrat und Parlament. Kaum jemand wagte zu sagen, dass es stimmt: Wenn die Schweizerinnen und Schweizer nicht länger arbeiten, geht der AHV das Geld aus. Mit ihrer Initiative nehmen die jungen Freisinnigen das Heft selbst in die Hand. Schliesslich geht es um die Zukunft ihrer Renten. Sie stellen aber nicht nur Forderungen, sie machen auch konkrete Reformvorschläge. Auch für die Lösungsfindung übernehmen sie Verantwortung. Ganz im Gegensatz zum Gewerkschaftsbund, der dem Volk eine 13. AHV-Rente verspricht, ohne zu sagen, wer die Zeche dafür bezahlen wird.

Wenn es uns gelingt, auf Gemeindeebene umzusetzen, was unsere Jungfreisinnigen auf Bundesebene vorgemacht haben, nämlich liberale Lösungen für aktuelle Probleme zu finden, werden wir wieder Erfolg haben. Dazu müssen wir unseren Themenkatalog erweitern und neben Finanzen und Wirtschaft – die selbstverständlich wichtig bleiben – die Alltagssorgen der Leute aufnehmen. Diese finden sich in den Städten und Gemeinden. Dort geben wir der FDP ein Profil, dort finden wir sowohl künftige Amtstragende wie auch neue Wählende – dort legen wir den Teppich für künftige Erfolge.

Ich danke allen herzlich, die sich für unsere liberalen Werte und die FDP. Die Liberalen engagieren und dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft gemeinsam weiterkommen.

Mit den besten Grüssen  
Sandra Hess

## Agenda

### Delegiertenversammlung FDP Kanton Bern (jeweils mittwochs, 19 Uhr)

- 1. Mai 2024
- 22. August 2024 (Donnerstag)
- 23. Oktober 2024
- 8. Januar 2025

### Präsidenten-/Präsidentinnenkonferenz FDP Kanton Bern (jeweils mittwochs, 18.15 Uhr)

- 3. April 2024
- 19. Juni 2024 (Videokonferenz)
- 18. September 2024
- 22. Januar 2025 (Videokonferenz)

### Grosser Rat

- 24.–14. März 2024
- 3.–13. Juni 2024
- 2.– 2. September 2024
- 25. November–5. Dezember 2024

### Mitgliederversammlungen FDP Frauen Kanton Bern (jeweils 19 Uhr)

- Montag, 22. April 2024
- Donnerstag, 20. Juni 2024
- Mittwoch, 16. Oktober 2024
- Donnerstag, 21. November 2024

Weitere Angaben und Termine gibt es auf unserer Website!

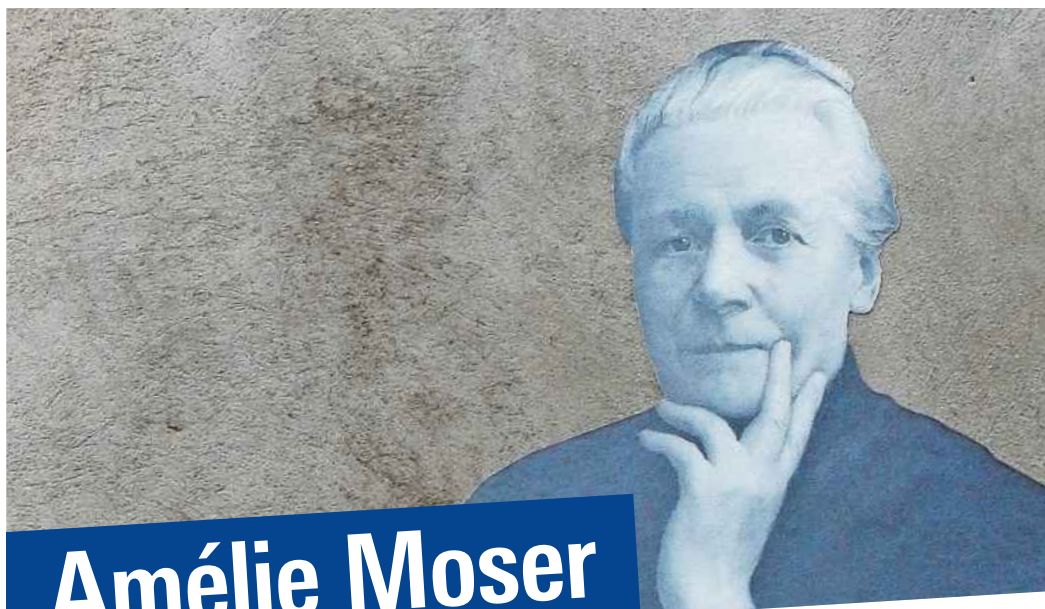
Jetzt mit TWINT spenden!

- QR-Code mit der TWINT App scannen
- Betrag und Spende bestätigen



[www.fdp-news.ch](http://www.fdp-news.ch)

Wir schreiben Geschichten



# Amélie Moser

1839 bis 1925

## Die Gründerin der ersten alkoholfreien Gaststätte in der Schweiz

«Wer im Leben etwas Tüchtiges gelernt hat, wird nie in Gefahr kommen, abhängig zu werden.»

Amélie Moser

Die Familie Moser gehört in Herzogenbuchsee zu den einflussreichsten Geschlechtern. Der Kaufmann und Landwirt Samuel Friedrich Moser erstet für seine Familie einen stattlichen Bauernhof am Rande des Dorfes. Hier wachsen seine 12 Kinder auf und lernen, trotz des Reichtums der Familie, von früher Kindheit an zu arbeiten. So übernimmt die Dritttälteste, Amélie Moser, bereits früh Verantwortung. In Herzogenbuchsee lernt Amélie den verwundeten Albert Moser kennen und lieben. Sein Vater führt im Dorf die Bank. Albert bereitet sich in London und Konstantinopel für deren Leitung vor, als das Geldinstitut pleitegeht.

### Aufbruch nach Java

Nun muss sich Albert umorientieren und bricht nach Indonesien auf, wo er sich eine neue Existenz aufbaut. Nach einem Jahr regen Briefverkehrs zwischen Java und der Angebeteten in Herzogenbuchsee heiratet das Paar 1868 und reist zu seiner Plantage aufs ferne Java.

Am 22. Dezember 1868 kommt Tochter Amy zur Welt. Kurz danach stirbt Albert an tropischem Fieber. Amélie kehrt im Mai 1869 mit ihrer kleinen Tochter zurück nach Herzogenbuchsee.

### Wieder in der Schweiz

Zurück in der Heimat spürt die 32-jährige Amélie sofort, wo sie einen neuen Wirkungskreis finden kann. Zusammen mit dem Dorfarzt Dr. Walter Krebs schaut sie, wo die Not am grössten ist und Hilfe dringend benötigt wird. Von Anfang an ist ihr wichtig, nicht nur zu helfen und Almosen zu verteilen, sondern weniger gut Gestellten Wege zur Selbsthilfe aufzuzeigen.

### Neue Aufgaben

Ein grosses, lebenslanges Anliegen ist ihr der Kampf gegen Schnaps und Alkoholsucht. Eine Suppenküche und Hauswirtschaftsausbildung scheinen ihr dabei der beste Weg gegen Armut und Verwahrlosung. Amélie Moser lässt sich zudem zur Operationsschwester und Hebamme ausbilden und hilft bei Bedarf im örtlichen Krankenhaus aus. Sie initiiert immer mehr Hilfs- und Unterstützungsprojekte sowie Ausbildungen, unterstützt von ihrer Tochter Amy und dem von ihr gegründeten und präsidierten Frauenverein Herzogenbuchsee. 1890 wagt sie ihr grösstes und nachhaltigstes Projekt: Sie kauft die heruntergekommene Wirtschaft Kreuz und eröffnet am 3. April 1891 das schweizweit erste alkoholfreie Gasthaus. Amélie Moser regt in ihrem Umkreis viele Frauen an, sich sozial zu engagieren, und

bringt die Gemeinde dazu, gewisse soziale Aufgaben finanziell zu unterstützen.

### Die sozialen Aktivitäten von Amélie Moser-Moser in Herzogenbuchsee

- 1870: Gründung des Frauenvereins Herzogenbuchsee
- 1871: Organisation der Armen- und Krankenpflege der 513 in Herzogenbuchsee internierten Bourbaki-Soldaten
- 1872: Gründung einer «Lesemappe» für gute Zeitschriften und Literatur
- 1972: Beginn der Musikabende für Kinder
- 1874: Lotterie zur Sammlung für das Krankenhaus Herzogenbuchsee
- 1878: Gründung der Suppenküche
- 1879: Patronat über verwaarloste Kinder durch Wohlhabende aus Herzogenbuchsee
- 1879: Einführung von freiwilligen Armenpflegerinnen
- 1880: Einführung der Naturalverpflegung für Bedürftige
- 1881: Organisation der Schülerspeisung in Privathäusern in Herzogenbuchsee
- 1882: Öffentliche Schülerspeisung
- 1882: Informationen zur hygienischen Verbesserung an Schulen
- 1882: Informationen zur Kranken-, Wöchnerinnen- und Säuglingspflege
- 1882: Austeilen von Saatkartoffeln zur Selbsthilfe
- 1885: Berufsberatung für Schülerinnen und Schüler
- 1886: Gründung des Musikvereins Herzogenbuchsee

Autorin: Jana Fehrensen

### Blog

Wie bereits letztes Jahr präsentieren wir im Blog auf der Website der FDP Frauen Kanton Bern jeden Monat einen neuen Text. Letztes Jahr haben die Nationalratskandidatinnen ihre Texte veröffentlicht. Dieses Jahr werden wir den Kandidatinnen, welche sich bei Wahlen in ihren Gemeinden und Städten zur Verfügung stellen, die Möglichkeit geben, zu einem frei wählbaren Thema einen Text zu schreiben.

Beginnen möchten wir mit interessanten Frauengeschichten, welche Jana Fehrensen, Langenthaler Stadträtin, aktives Mitglied bei BWP – dem Netzwerk für Business-Frauen – in ihrer Eigenschaft als Museumsleiterin und Kuratorin des Museums Langenthal verfasst hat. Ich wünsche viel Vergnügen beim Lesen.

**Barbara Freiburghaus**  
Präsidentin FDP Frauen Kanton Bern

# Immer hart am Ball

Unser Mann in Bern



Im Trubel um den Sitzverlust der FDP im Kanton Bern ging fast unter, dass Christian Wasserfallen, unser Mann in Bern, wieder mit einem Glanzresultat in den Nationalrat gewählt wurde. Christian Wasserfallen ist bereits in der 5. Legislatur als Nationalrat tätig. Trotz seiner langjährigen Erfahrung als Nationalrat ist er nach wie vor hungrig und gewillt, sich für das Wohl der Schweiz, für den Kanton Bern und für die liberalen Werte einzusetzen.

Bereits über 500-mal hat Christian Wasserfallen den Nationalratssaal betreten. Die Stromfrage ist nach wie vor nicht gelöst und beschäftigt ihn weiterhin sehr. Für Wasserfallen ist klar: Wir brauchen bis 2050 nach dem Wegfall der bestehenden Kernkraftwerke und mit sich abzeichnendem Mehrbedarf an Strom riesige Produktionsmengen. Das erfordert rasches und konsequentes Handeln. Seien es Projekte im Bereich der Wasser-

kraft oder Photovoltaik oder der Bau neuer Kernkraftwerke der neusten Generation: Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, damit uns kein Mangel an Strom droht. Hier wird Wasserfallen in der Energiekommission hartnäckig und mit viel Wissen Einfluss nehmen. Neben der Stromfrage beschäftigen ihn auch Themen wie die AHV, Asyl- und Arbeitsmigration sowie die Verhandlungen mit der EU.

All diese Themen erfordern harte Arbeit, die hinter den Kulissen stattfindet. So bereitet Wasserfallen mehrere Wochen vor einer Kommissionssitzung seine Dossiers vor und bespricht diese auch mit den Kommissionsmitgliedern der FDP. Zudem steht er in regelmässigen Austausch mit Experten. Nach einem typischen Kommissionssitzungstag steht bei Wasserfallen oftmals eine Abendveranstaltung an oder geht es auch mal ab ins Fitnesscenter. Denn Sport hat im Leben von Wasserfallen eine grosse Bedeutung. Hier holt er sich Kraft für seine nächsten Projekte und hält so dem Stress und Druck im politischen und unternehmerischen Alltag entgegen. Nebst dem Sport findet er auch auf Reisen einen Ausgleich für die Work-Life-Balance.

Wasserfallen verrät uns, dass er durch den FC Nationalrat nicht nur Spiele, sondern auch viele Freundschaften gewonnen hat. So spielte er zum Beispiel jahrelang mit dem frischgewählten SP-Bundesrat Beat Jans im gleichen Team. Der FC Nationalrat ist wohl das einzige Gremium des Parlamentes, wo alle Mitglieder, egal von welcher Partei, gemeinsam am gleichen Strick ziehen und dasselbe Ziel verfolgen: Tore zu schiessen! Und das auch recht erfolgreich! Denn Wasserfallen konnte mit dem FC Nationalrat bereits einige Male den «Europameistertitel» feiern. Das legendäre Vier-Länder-Turnier findet immer über die Auffahrtstage statt. Dieses Jahr in Bern gegen FC Bundestag Deutschland, FC Nationalrat Österreich und FC Reichstag Finnland. Wir drücken dem FC Nationalrat ganz fest die Daumen!

Als Volksvertreter freut sich Christian Wasserfallen auf den Austausch mit der Bevölkerung. Wenn Sie Inputs oder Anliegen haben, können Sie unseren Nationalrat auf seiner Website [www.wasserfallen.news](http://www.wasserfallen.news) kontaktieren.

Autorin: Elma Gromilic

### Prise de position

Le JFBE a adopté ce soir les mots d'ordre suivants pour les votations du 3 mars 2023 :

- OUI** Modification de la Constitution cantonale (introduction d'une législation urgente)
- NON** Vers la 13e rente AVS
- OUI** Sur l'initiative sur les rentes

### Parolenfassung

Der JFBE hat heute Abend folgende Parolen für die Abstimmungen vom 3. März 2023 gefasst:

- JA** Änderung der Kantonsverfassung (Einführung dringliche Gesetzgebung)
- NEIN** Zur 13. AHV Rente
- JA** Zur Renteninitiative

### #rentenischern

#### Wie sichern wir die AHV?

**Ja zur Renteninitiative**

- Güter und Dienstleistungen verteuern? **Nein** ❌
- Mehr Steuern zahlen? **Nein** ❌
- Weniger Lohn? **Nein** ❌
- Rentenalter erhöhen und anschliessend an die Lebenserwartung koppeln? **Ja** ✅



# Une année au service de Bienne :

Entre variété, collaboration et défis

Depuis un an, Natasha Pittet est conseillère municipale à Bienne et directrice des affaires sociales et de la sécurité. Elle parle de sa première année de mandat et de ses projets pour l'avenir.

**Cela fait maintenant presque un an que vous êtes conseillère municipale. Qu'est-ce qui vous plaît dans votre travail?**

J'apprécie la variété des sujets au sein de ma Direction ainsi que la collaboration professionnelle et agréable avec mon équipe: mon secrétariat général de quatre personnes, y compris la déléguée à l'intégration, et les trois responsables de départements qui me sont directement subordonnés (social, protection de l'adulte et de l'enfant et sécurité). Le travail avec les autres membres du Conseil municipal est aussi très enrichissant et cordial. J'apprends tous les jours, et c'est cela qui me passionne: je ne m'ennuie jamais!

**Les élections approchent. Je suppose que vous allez vous représenter en tant que conseillère municipale. Avec quels projets à court et à long terme pour Bienne abordez-vous votre deuxième mandat?**

Oui, je vais me représenter pour la législature à venir. Le travail me plaît énormément, et si je conserve mon dicastère, j'ai des projets que je souhaite poursuivre: à court terme, la réorganisation du service de la migration, l'introduction du nouveau système de gestion des cas (NFFS) dans le

domaine du social prévu par le canton, l'implantation probable d'un centre d'hébergement pour requérants d'asile à Bienne, la mise en place de nouveaux outils pour lutter contre la violence domestique et sexualisée, pour ne nommer que quelques-uns. A plus long terme, je souhaiterais par exemple que la société civile prenne plus d'importance dans l'intégration sociale et professionnelle des bénéficiaires de l'aide sociale, que l'on mette en place une meilleure protection des enfants en cas de violence domestique, et que l'on renforce les contacts au niveau des villes bernoises pour les dossiers que nous avons en commun.

**Nous avons maintenant parlé des réélections. La Mairie entrerait-elle également en ligne de compte pour vous?**

Mon parti a annoncé le 29 janvier que je me mettais à disposition pour la Mairie. La Ville de Bienne n'a plus eu de maire de droite, ni romand, depuis les années 1960 et aucune femme n'a encore occupé ce poste. Cela fait donc plus d'un demi-siècle que la Ville est gouvernée par une majorité de gauche. De plus, ces dernières années, une gauche extrême, parfois très jeune, refuse tout projet entrepreneurial ou novateur: le projet de lo-

tissement Agglolac au bord du lac a été balayé par le Parlement sans même être soumis au peuple, en bonne partie parce qu'il était soutenu par des fonds privés; le trafic motorisé est attaqué sans réflexions, sans tenir compte du fait que pour tenir son rôle de centre urbain, les personnes habitant les alentours doivent pouvoir accéder à Bienne, aussi en voiture; le Parlement a presque réussi à interdire toute vente de terrain par la Ville, quel qu'en soit l'usage prévu; la moindre mention de l'éventualité de l'abandon de tâches par la Ville soulève des cris au nom du « service public » et le Parlement a même souhaité soumettre les entreprises à un taux d'imposition plus élevé que les personnes physiques!

La Ville a besoin d'être dirigée par une personne qui promeuve l'entrepreneuriat et le libre choix du mode de vie (et de déplacement), qui aborde l'assainissement des finances sous l'angle de l'efficacité et de structures légères et agiles, mais qui poursuive aussi le développement de notre ville et son adaptation au 21<sup>e</sup> siècle, aux niveaux du numérique, des transports, de la transition écologique et de la sécurité et du bien-être de la population.

**Vous trouverez l'interview complète en cliquant sur le code QR suivant.**



**Interview: Elma Gromilic**



## Berner Jungfreisinnige starten mit neuem Elan und neuen Projekten ins 2024

Das neue Jahr bringt viele neue Herausforderungen und Projekte mit sich. Denn neben vielen wichtigen Wahlen steht im März auch ein Prestigeprojekt der Jungfreisinnigen zur Diskussion: Die Renteninitiative darf auf keinen Fall untergehen. Aus diesem Grund müssen wir gemeinsam alles geben, damit wir dieses Projekt zum Erfolg führen können.

In einer Ära steigender Lebenserwartung ist eine flexible Anpassung des Rentenalters unumgänglich. Darum haben fast alle westeuropäischen Länder ihr Rentenalter der steigenden Lebenserwartung angepasst und das Rentenalter bis 2023 auf 67 bis 68 Jahre erhöht, um ihre Altersvorsorge zu sichern. In der Schweiz stimmen wir am 3. März 2024 über eine ähnliche Reform ab. Ganz so weit geht dieser Vorschlag allerdings nicht: Mit einer Erhöhung des Rentenalters um 2 Monate pro Jahr erreichen wir ein Rentenalter 66 bis 2032 und damit eine schrittweise Angleichung an die Lebenserwartung, ohne zu übertreiben.

Die intelligente Verknüpfung mit der Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren gewährleistet eine dynamische Anpassung mit dem Faktor 0,8. Erhöht sich die Lebenserwartung also bis 2050 beispielsweise um zwei Jahre, würde das Rentenalter lediglich um 19 Monate ansteigen. In meinem Artikel zeige ich auf, wie diese durchdachte Regelung eine ausgewogene Balance zwischen den steigenden Anforderungen der Altersvorsorge und der individuellen Lebensrealität schafft. Die Renteninitiative setzt auf Nachhaltigkeit und Flexibilität,

um eine stabile Altersvorsorge für kommende Generationen zu gewährleisten. Angesichts der drohenden finanziellen Engpässe der AHV ist es höchste Zeit für eine kluge und langfristige Lösung.

**Lesen Sie dazu den Artikel «Warum die Renteninitiative jetzt notwendig ist»:**



### Erste Mitgliederversammlung 2024

Die erste Mitgliederversammlung 2024 der Berner Jungfreisinnigen fand im Berner Jura statt. Das hat einen erfreulichen Grund: Während die meisten Wahlkreise im Kanton Bern bei den Nationalratswahlen empfindliche Verluste einfahren muss-

ten, konnten wir im Berner Jura alle gesteckten Ziele erreichen und den Wähleranteil verdoppeln. Darum hat sich der Vorstand entschieden, dass die erste Mitgliederversammlung im französischsprachigen Teil des Kantons stattfinden soll. Erfreulicherweise stiess die Versammlung auf grosses Interesse. Über 30 Personen kamen nach Sonceboz und fassten die Parolen zu den Abstimmungen vom 3. März.

Zudem wurde auch noch Niklaus Haldimann nach vielen Jahren als Eventmanager der Berner Jungfreisinnigen aus dem Vorstand verabschiedet. Der gesamte Vorstand bedankt sich ganz herzlich für das grossartige Engagement und wünscht Niklaus alles Gute für die Zukunft! Die Neuwahlen des gesamten Vorstands finden dann an der Hauptversammlung am 23. April statt.

### (Jung)Freisinnige Gemeinderätin in Bern?

Eine besonders erfreuliche Nachricht erreichte uns Ende Januar aus der Stadt Bern. Für die Wahlen 2024 haben die Mitglieder Florence Pärli als Gemeinderatskandidatin gewählt. Warum das wichtig ist: Florence Pärli wurde 2020 auf der Liste der Jungfreisinnigen in den Stadtrat gewählt, wo sie zunächst Mitglied der Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) war und aktuell der Finanzkommission (FIKO) angehört. Seit Anfang Jahr ist sie zudem Präsidentin der Fraktion FDP/JF. Dieses Beispiel zeigt auf, wie viel Potenzial und Talent in der Nachwuchsorganisation des Berner Freisinns steckt. Es lohnt sich also, in die nächste Generation zu investieren. Der gesamte Vorstand gratuliert Florence zur Nomination und wünscht ihr im Wahlkampf viel Erfolg und Durchhaltevermögen!

**Autor: Tobias Frehner**



Florence Pärli

Regine Sauter sagt am 3. März klar Nein zur 13. AHV-Rente.



# Verantwortungslosen Ausbau der AHV ablehnen

Nein zur Gewerkschaftsinitiative

«Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben.»

Am 3. März stimmen wir einmal mehr über ein sozialistisches Ausbauprojekt unseres Sozialstaates ab. Eine Initiative, lanciert von Gewerkschaften, der SP und Grünen, verlangt die Einführung einer 13. AHV-Rente für alle. Auf den ersten Blick ein sympathisches Anliegen, wer mag dies den Rentnerinnen und Rentnern schon nicht gönnen. Nur – die Initiantinnen und Initianten unterlassen es, ihrem Anliegen ein Preisschild anzuheften. Darum schon mal an dieser Stelle: Fünf Milliarden Franken jährlich würde dies die AHV zusätzlich kosten.

Begründet wird die Initiative damit, dass angesichts des stetigen Kaufkraftverlusts die Renten nicht mehr zum Leben reichen würden. Dieses Argument ist gleich aus zwei Gründen irreführend. Zum einen werden die AHV-Renten regelmässig (mindestens alle zwei Jahre) der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst. Ein allfälliger Kaufkraftverlust wird damit ausgeglichen. Zum anderen muss in diesem Land im Alter niemand ausschliesslich von der AHV leben, denn Ergänzungsleistungen zur AHV sichern das Existenzminimum.

### Berufliche Vorsorge modernisieren

Gerade die heutige Generation von Rentnerinnen und Rentnern verfügt in der Mehrzahl über eine gut ausgebaute zweite Säule, da sie ihre Erwerbstätigkeit in einer Zeit ausgeübt hat, als das Pensionskassenobligatorium bereits eingeführt war. Und für jene Personen, die über keine massgebliche zweite Säule verfügen (zum Beispiel, weil sie nur in kleinen Pensen berufstätig waren), ist es ent-

scheidend, dass wir die berufliche Vorsorge modernisieren. Dies betrifft vor allem die Frauen. Es muss in Zukunft auch Personen mit kleinen Einkommen möglich sein, ein Guthaben in der zweiten Säule aufzubauen. Das Parlament hat eine entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet, wir werden darüber auch in diesem Jahr abstimmen. Und hierzu gilt es dann, klar Ja zu sagen.

### AHV ab 2030 bereits im Minus

Doch zurück zum Preis der Gewerkschaftsinitiative. In der AHV fünf Milliarden Franken jährlich zusätzlich auszugeben, ist verantwortungslos. Denn bereits ohne diese Zusatzausgabe kippt unser wichtigstes Sozialwerk ab 2030 ins Minus. Noch problematischer: Die Initianten sagen nicht, wie sie ihre Wohltat zu finanzieren gedenken. Denn die Wahrheit ist unbequem: Ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent oder die Erhöhung der Lohnabzüge von heute 8,7 auf neu 9,4 Prozent wären nötig.

### Belastung vor allem für den Mittelstand

Diese Initiative ist letztlich unsozial. Ohne Berücksichtigung des effektiven Bedürfnisses soll mit der Giesskanne allen Rentnerinnen und Rentnern eine 13. Rente ausbezahlt werden, auch den Millionären. Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben. Diese Mogelpackung gilt es offenzulegen. Wir müssen stattdessen heute Lösungen finden für eine langfristige und nachhaltige Sicherung der AHV. Dies wird bereits einen grossen Effort und eine hohe Kompromissbereitschaft der Gesellschaft bedingen. Ein zielloser und nicht finanzierter Ausbau der AHV ist hingegen nicht zu verantworten. Ich sage deshalb klar Nein zur Gewerkschaftsinitiative für eine 13. AHV-Rente.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH



Jetzt QR-Code scannen  
und mehr erfahren!

RENTENINITIATIVE ERKLÄRT

JA zur Renteninitiative am

3. März 



**FDP**  
Die Liberalen

 Jungfreisinnige  
Schweiz





Deine Spende zählt!  
Sichern wir jetzt gemeinsam unsere AHV.

**RENTEN-  
INITIATIVE JA**

alternative Bankverbindung \*  
Empfänger: Renteninitiative  
Konto: 15-357311-9  
IBAN: CH78 0900 0000 1535 7311 9

Jetzt mit TWINT  
spenden!

 QR-Code mit der  
TWINT-App scannen  
 Betrag und Spende  
bestätigen



\* Ihre Spende geht direkt an den Verein Renteninitiative

Fotobox zur Renteninitiative an der DV 2024 in Zug.



# Sichern wir unsere Renten langfristig!

## Entpolitisierung des Rentenalters

Unser Rentensystem ist aus dem Gleichgewicht. Der AHV droht über die nächsten 25 Jahre ein kumuliertes Defizit von über 100 Milliarden Franken. Die AHV-Renten zukünftiger Generationen sind folglich nicht mehr gesichert. Wie konnte das passieren?

Die Bevölkerung wird immer älter, es kommen weniger Kinder auf die Welt und eine halbe Million Babyboomer erreichen in den nächsten zehn Jahren das Rentenalter – so viele wie noch nie. Um den Generationenvertrag zu sichern und unsere verfassungsmässige Verantwortung zu erfüllen, ist es unerlässlich, jetzt für sichere Renten – sowohl für die heutige als auch für kommende Generationen – zu sorgen.

### Vier Optionen zur Sicherung der AHV-Renten

Letztlich existieren vier Optionen zur Sicherung unserer AHV-Rente: Rentenkürzungen, der Anstieg der Mehrwertsteuer oder der Lohnabgaben oder die Erhöhung des Rentenalters. Rentenkürzungen und die weitere Erhöhung von Mehrwertsteuer oder Lohnabgaben gilt es zu vermeiden. Es sind kurzfristige Massnahmen, die tiefere Einkommen und Junge belasten. Die zentrale Stellschraube

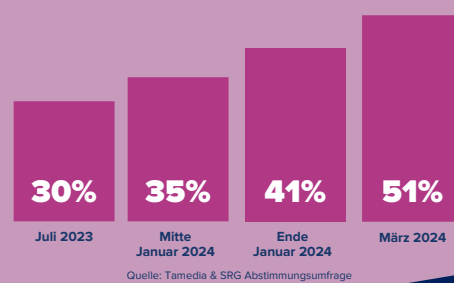
zur Sicherung der Renten ist das Rentenalter. Ohne den Mut, das Rentenalter zu erhöhen, bleiben vermeintlich grosse AHV-Reformwürfe nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

### Strukturelle Reformen nötig

Ein höheres und flexibles Rentenalter liefert die lang ersehnte strukturelle Reform: Die Anzahl Rentner pro Beitragszahler verkleinert sich und die Einnahmen aller Altersvorsorgesysteme steigen.

Die Erhöhung und Flexibilisierung des Rentenalters durch die Renteninitiative bilden einen Rahmen. Nicht alle Berufsgattungen können oder wollen länger arbeiten. Vor allem körperlich anstrengende Berufe gilt es zu unterstützen. Damit wir sozial reformieren, bleiben branchenspezifische Lösungen, wie beispielsweise die Frühpensionierung im Bau, weiterhin möglich.

### GEBEN WIR VOLLGAS IM ABSTIMMUNGSKAMPF FÜR NACHHALTIGE RENTEN



### Entpolitisierung des Rentenalters

Mit der Renteninitiative schaffen wir einen moderaten Reformvorschlag. Dank der Entpolitisierung des Rentenalters passen wir die AHV der demografischen Realität an und sanieren sie für zukünftige Generationen. Lösen wir uns endlich von einer scheiternden «Pflasterlipolitik» und sichern wir unsere Renten nachhaltig. Für eine starke AHV – heute und auch in Zukunft.

**Andrea Caroni, Ständerat AR und Vizepräsident der FDP.Die Liberalen Schweiz**

# Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

**FDP**  
Die Liberalen

Diese Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug am 20. Januar 2024 gefasst. Über die Parole für die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit», über die ebenfalls am 9. Juni 2024 abgestimmt wird, wird an der Parteipräsidentenkonferenz im April befunden werden.

## Abstimmungen vom 3. März 2024



JA

**Renteninitiative**



NEIN

**13. AHV-Rente**

## Abstimmungen vom 9. Juni 2024



NEIN

**Kostenbremse-Initiative**



NEIN

**Prämien-Entlastungs-Initiative**



JA

**Mantelerlass**

(Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien)

## Weitere Abstimmungen



JA

**Autobahnausbau**

## Rückblick Wintersession

Auch Spass darf sein: Nationalräte Jacqueline de Quattro (VD) und Peter Schilliger (LU) während der Wintersession.  
Foto: Parlamentsdienste 3003 Bern / Franca Pedrazzetti



# Lichtblick und Schatten

Die zwei wichtigsten Geschäfte

«In der Gesundheitspolitik existieren zahlreiche Baustellen, sei es im Bereich der Digitalisierung, bei der Versorgungssicherheit oder bei der Eliminierung weiterer Fehlanreize.»

Das Parlament schafft endlich den Durchbruch in der Gesundheitspolitik und ringt sich zu einem Budget durch. Die zwei wichtigsten Geschäfte der Wintersession im Überblick.

Es ist vollbracht: Nach 14 Jahren Beratung macht das Parlament den Weg frei für eine der grössten Reformen im Gesundheitswesen des letzten Jahrzehnts. Die einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen – kurz EFAS – wird helfen, die Kosten im Gesundheitswesen zu dämpfen.

### Positives Signal für die neue Legislatur

Im Kern geht es bei EFAS darum, dass künftig alle Gesundheitsleistungen nach einem gleichen Berechnungsschlüssel finanziert werden. Behandlungen mit Spitalübernachtung (stationär) werden heute zu mindestens 55 Prozent durch den Kanton mit Steuergeldern bezahlt, 45 Prozent trägt die Krankenkasse. Ambulante Behandlungen (beispielsweise Hausarzt, Spezialisten) werden ausschliesslich durch die Krankenversicherer bezahlt. So werden in der Schweiz weniger als 20 Prozent der Operationen ambulant durchgeführt. Andere Länder erreichen einen Anteil von rund 80 Prozent. Fallen die Spitalübernachtungen weg, werden nicht nur Kosten eingespart, sondern auch das Infektionsrisiko vermindert.

### Weitere Baustellen

Es ist erfreulich, dass eine deutliche und parteiübergreifende Mehrheit des Parlaments die wichtige Reform unterstützt. Wer nun aber meint, die Arbeit sei getan, irrt sich. In der Gesundheitspolitik existieren zahlreiche Baustellen, sei es im Bereich der Digitalisierung, bei der Versorgungssicherheit oder bei der Eliminierung weiterer Fehlanreize. Um die Herausforderungen gemeinsam meistern zu können, muss im EDI ein neuer Wind wehen. Ob dafür Elisabeth Baume-Schneider die richtige Frau ist, ist zu bezweifeln. Die Bundesrätin muss ihre Arbeitsweise ändern. Ansonsten wird sie Schiffbruch erleiden. Zum Schaden des Landes.

### Zankapfel Finanzierung UNWRA

Die Budgetberatungen in der Wintersession waren von intensiven Diskussionen geprägt. Der Prozess erstreckte sich über mehrere Sitzungen in beiden Räten und in den vorberatenden Kommissionen und endete mit einer abschliessenden Einigungskonferenz. Die Herausforderung bestand darin, ein schuldenbremsenkonformes Budget zu verabschie-

den. Nachdem der grösste Teil des Budgets bereinigt war, rückten einige Knackpunkte in den Mittelpunkt der Diskussion. So auch der Budgetposten für humanitäre Aktionen, wo eine Kürzung von 20 Millionen Franken bei der UNWRA zur Diskussion stand. Der Bundesrat sprach sich gegen diese Kürzung aus. Andere stimmten für die Kürzung, da der UNWRA unter anderem vorgeworfen wird, antisemitisches Schulmaterial zu verbreiten. Die Einigungskonferenz und der Rat einigten sich schliesslich auf eine Kürzung um 10 Millionen Franken, wobei allerdings die Zweckbindung der Kürzung für die UNWRA aufgehoben wurde.

### Düstere Aussichten für die Schuldenbremse

Trotz der erfolgreichen Verabschiedung des Voranschlags 2024 und des Finanzplans für die Jahre 2025 bis 2027 ist die FDP besorgt über die düsteren finanziellen Aussichten. Anstelle von Steuererhöhungen oder einer weiteren Anhebung der Mehrwertsteuer ist fortan eine Prioritätensetzung auf der Ausgabenseite unabdingbar. Die Schuldenbremse darf dabei auf keinen Fall aufgeweicht werden.

**Christian Steiner, Fraktionssekretär**

Damien Cottier beim Hearing mit Bundesratskandidat Jon Pult.



# Eine verantwortungsvolle und vernünftige Wahl

Prinzipien der Schweizer Institutionen

Über den Text der Verfassung hinaus gibt es ein schweizerisches Verständnis der Institutionen. Dieses Verständnis ist eine Haltung gegenüber unseren Institutionen, dem Land und den Sensibilitäten, aus denen es sich zusammensetzt.

### Zwei Prinzipien der Institutionen

Im Laufe der Jahrzehnte hat er sich insbesondere in zwei Prinzipien niedergeschlagen: zum einen in der Konkordanz, die besagt, dass in der Schweiz über die Parteigrenzen hinweg nach Lösungen gesucht wird. Und zum anderen in der bemerkenswerten Stabilität unserer Institutionen, die sich zwar weiterentwickeln, aber nur selten einen Aufbruch und nie eine Revolution erlebt haben. Diese beiden Eigenschaften haben der Schweiz und ihrer Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität gebracht.

### Kein Grund für Änderung der Zauberformel

Die FDP.Libérale-Fraktion ist die Bundesratswahlen vom 13. Dezember 2023 mit diesen Elementen im Hinterkopf angegangen. Für sie war klar, dass es keinen Grund gab, die Regierungsformel zu ändern. Die geschah aus mindestens drei Gründen:

1. Das System sieht vor, dass die drei wählerstärksten Parteien jeweils zwei und die vierte Partei einen Vertreter in die Regierung entsenden. Diese Reihenfolge der Parteien veränderte sich nicht durch die Wahlen.

2. Selbst wenn es am 22. Oktober 2023 zu einer Änderung in der Reihenfolge der Parteien gekommen wäre, gibt es die Praxis der Bundesversammlung, mit Änderungen zu warten, bis eine Partei ihr Ergebnis bestätigt hat. So musste die SVP, die 1999 zur stärksten Partei des Landes wurde, bis 2003 warten, bevor sie einen zweiten Sitz erhielt.

3. Schliesslich ist es üblich, dass die Bundesversammlung die bisherigen Bundesräte wiederwählt. Ignazio Cassis und Karin Keller-Sutter leisten hervorragende Arbeit für unser Land. Zudem sind sie die einzigen Vertreter ihrer Region: der italienischen Schweiz und der Ostschweiz, obwohl die Verfassung (Art. 175 Abs. 4) verlangt, «dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind».

### Erfreulicher Ausgang der Wahlen

Bis in die Stunden vor der Wahl herrschte Ungewissheit über die tatsächlichen Absichten der einzelnen Parteien. Der Austausch zwischen den Fraktionen und Parteien war bis zum letzten Moment intensiv. Es galt, einige mehr oder weniger

«In einer Welt voller Krisen hat sich die Bundesversammlung für die Stabilität der Regierung entschieden.»

geschickte oder ernsthafte Manöverversuche zu entlarven, um die Risiken zu minimieren und Überraschungen zu vermeiden. Und natürlich musste man sich auf alle Szenarien vorbereiten.

Zu unserer Zufriedenheit hat die Bundesversammlung die Vision der FDP-Fraktion bestätigt. Sie hat die beiden FDP-Bundesräte klar wiedergewählt – mit höheren Stimmzahlen als 2019. In diesem Sinne wählte die FDP-Fraktion auch einen der beiden offiziellen Kandidaten der sozialdemokratischen Fraktion, Beat Jans, nachdem der Grossteil der Mitglieder dieser Fraktion die FDP-Kandidaten und damit die Konkordanz unterstützt hatten.

In einer Welt voller Krisen hat sich die Bundesversammlung für die Stabilität der Regierung entschieden. Dies war eine logische, vernünftige und verantwortungsvolle Wahl und ein guter Start in eine Legislatur, in der es an Herausforderungen nicht mangelt!

**Damien Cottier, Nationalrat (NE) und Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen**

# Rückblick Bundesratswahlen

Bundesrat Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Gespräch. Foto: EDA / Pascal Lauener (2023)



## Interview

### Drei Fragen an die wiedergewählten Bundesräte

**Wie haben Sie den Tag der Bundesratswahl erlebt?**

**Karin Keller-Sutter:** «Nach den Ergebnissen der eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober war verständlicherweise eine gewisse Anspannung zu spüren – auch bei der FDP, deren Anspruch auf zwei Bundesratssitze von verschiedener Seite in Frage gestellt worden war. Der Tag selbst verlief dann aber relativ ruhig. Ignazio und ich konnten uns über eine klare Wiederwahl freuen. Einzig am Schluss, bei der Wahl der Bundespräsidentin und der Vizepräsidentin des Bundesrats, bekamen Viola Amherd und ich zu spüren, dass sich in mehreren Fraktionen ein gewisser Unmut über den Ablauf der Bundesratswahlen aufgestaut hatte.»

**Ignazio Cassis:** «Ich verfolgte die Bundesratswahlen am TV in meinem Büro. Selbstverständlich freute ich mich über die Wiederwahl von Karin und mir. Darauf stiess ich mit meinen engsten Mitarbeitenden an. Ein paar Freunde besuchten mich später im Büro. Viel Zeit zum Feiern blieb allerdings nicht. Schliesslich galt es noch, die wichtige Bundesratssitzung zu Europa am darauffolgenden Freitag vorzubereiten.»

**Wo legen Sie Ihre Prioritäten in der neuen Legislatur?**

**Karin Keller-Sutter:** «Klar im Zentrum stehen werden die Bundesfinanzen. Weil höhere Ausgaben für die Armee, die Altersvorsorge und die Ukraine-Flüchtlinge anstehen, werden die Budgets der kommenden Jahre sehr anspruchsvoll. Sollten die Initiativen für eine 13. AHV-Rente und für höhere Prämienverbilligungen angenommen werden, käme der Bundeshaushalt noch mehr unter Spardruck. Mehreinnahmen wären unumgänglich. Daneben wird auch die Regulierung des Finanzplatzes im Fokus stehen, insbesondere die Weiterentwicklung der «Too big to fail»-Regeln im Nachgang zum Untergang der Credit Suisse.»

**Ignazio Cassis:** «Zentral wird das Europadossier sein. Es ist von grundlegender Bedeutung, den bilateralen Weg zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Zudem werden die Bundesfinanzen im Fokus stehen: Es wird nicht einfach, in der Bundesverwaltung und im Parlament die Appetite zu dämpfen, nach so vielen Jahren Schönwetterlage. Karin wird im Finanzdepartement eine Schlüsselrolle übernehmen und die Verteilungskämpfe moderieren. Ich werde sie unterstützen.»

**Was möchten Sie den Lesern und Leserinnen des «Freisinn» noch gerne sagen in Bezug auf die neue Legislatur?**

**Karin Keller-Sutter:** «Nach einer Legislatur der Krisen – Pandemie, Ukrainekrieg, drohende Energiemangellage – müssen wir wieder Abstand nehmen von der Vorstellung, dass der Staat in allen Lebenslagen einfach einspringen und Leistungen garantieren kann. Zumal, ich habe es gesagt, finanzpolitisch anspruchsvolle Zeiten auf uns zukommen. Insgesamt bin ich aber zuversichtlich, weil die Schweiz gut aufgestellt ist und es uns im internationalen Vergleich immer noch gut geht – auch dank der soliden Finanzpolitik der vergangenen Jahre.»

**Ignazio Cassis:** «Die Wahlen 2023 sind ein Weckruf für die Schweiz und insbesondere für uns Freisinnige. Für die Schweiz, weil die Welt viel unruhiger geworden ist: Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand sind leider nicht mehr automatisch gesichert. Für die Freisinnigen eigentlich eine Opportunität, weil wir diejenigen sind, die für Freiheit und Eigenverantwortung stehen. Aber wir müssen wieder fähig sein, mit gutem Beispiel voranzugehen.»

Parteipräsident Thierry Burkart bei seiner Rede an der Delegiertenversammlung in Zug. Foto: Jannik Kaiser



Ich freue mich, Sie heute in Zug so zahlreich begrüssen zu dürfen. Erlauben Sie mir, einen Gast heute ganz speziell zu begrüssen. Es ist unser ehemaliger Bundesrat Kaspar Villiger. Lieber Kaspar, es ist uns eine Freude und Ehre, dass du hier bist. Du bist und bleibst ein absolutes Aushängeschild und ein Leuchtturm unserer Partei, aber vor allem auch der liberalen Politik in diesem Land!

Ja, liebe Freisinnige, wir mussten am 22. Oktober ein Resultat entgegennehmen, das wir uns so nicht gewünscht hatten. Und wir müssen konstatieren: Wir verfehlten unsere Ziele. Wir müssen entsprechend kritisch auf unsere Arbeit zurückschauen.

In den letzten Wochen haben wir eine interne Analyse vorgenommen. Diese wird ergänzt durch eine externe Analyse. Und die Konsequenzen? Die werden wir in drei Arbeitsgruppen erarbeiten, die wir gerade gestern an der Parteipräsidenten-Konferenz eingesetzt haben. Eine Arbeitsgruppe ist zuständig für personelle, strukturelle und organisatorische Verbesserungen. Eine zweite befasst sich mit Fragen der Programmatik und definiert Anpassungen und/oder Themen, bei denen wir uns klar und besser positionieren müssen. Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Stärkung unserer Kampagnenfähigkeit. Alle diese Erkenntnisse und Vorschläge für daraus fliessende Massnahmen werden wir euch an der nächsten Delegiertenversammlung im Juni vorstellen.

Wenn ich aber zurückschauen auf die letzten Monate, dann darf ich sagen, dass ich sehr, sehr viele positive Aspekte mitnehmen konnte. Ich stellte fest, dass bei uns in der Partei, Unkenrufen zum Trotz, die Stimmung und die Motivation wirklich hervorragend sind. Man ist gerne bei der FDP; man engagiert sich bereitwillig für unsere Partei und setzt sich gerne ein für die Politik, die wir Freisinnige vertreten.

Denn unsere Partei, unsere Werte, unsere Politik braucht es mehr denn je! Wer soll dieses Land zukunftsfähig machen, wenn nicht wir Freisinnige? Nichtsdestotrotz müssen lernen, klar zu zeigen, dass wir für die Menschen Politik machen. Wir müssen aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger kommunizieren. Wir müssen aufzeigen, dass es zum Vorteil einer Wählerin und eines Wählers ist, wenn man FDP wählt. Wir müssen aufhören, in irgendwelchen abstrakten Gebilden zu kommunizieren. Und vor allem müssen wir lernen aufzuzeigen, dass die liberale Politik keine kalte, menschenfeindliche Politik ist. Nein, das Gegenteil ist

der Fall. Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.

Wo Not herrscht, sind wir einverstanden, dass der Staat hilft. Wir wollen Armut bekämpfen. Aber wir wollen sie dort bekämpfen, wo sie besteht, und nicht einfach mit der Giesskanne auch diejenigen beglücken, die nicht darauf angewiesen sind. Das ist liberale Politik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen uns nicht ein für die Wirtschaft per se. Wir setzen uns ein für die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land; für jene Menschen, die bereit sind, ein Risiko einzugehen; für jene Menschen, die innovativ sind; für jene Menschen, die Arbeitsplätze schaffen und Verantwortung für die Menschen übernehmen. Für diese Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, für die Rahmenbedingungen ihrer Unternehmen, setzen wir uns ein.

**«Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.»**

Auch bin ich überzeugt davon, dass es notwendig ist, dass wir Fragen der Bildungspolitik wieder vermehrt in Politik und Gesellschaft diskutieren. Ich weiss natürlich, Bildungspolitik ist primär Sache der Kantone. Das soll uns aber als nationale Partei nicht daran hindern, dass wir uns dazu Grundsatzüberlegungen anstellen, diese festlegen und dann in den Kantonen auch umsetzen. Die Freisinnigen wussten immer: Bildung ist wichtig für die Menschen in diesem Land, denn nur gut ausgebildete Menschen haben die Fähigkeit, etwas aus ihrem Leben zu machen und auf ihren eigenen Beinen zu stehen. Wir müssen feststellen, dass unsere Fähigkeiten, also der Output aus unserem Bildungssystem, nicht wirklich besser werden. Hier müssen wir ansetzen. Und ich glaube, hier gibt es viel zu tun.

Sie sehen, liebe Freisinnige, uns braucht es! Es braucht uns mehr denn je! Es gibt viel zu tun. Wir wollen es anpacken. Ich danke Ihnen jetzt schon dafür, dass Sie bereit sind mitzuarbeiten. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie bereit sind, sich für unsere Überzeugungen und für unsere Politik einzusetzen.

**Thierry Burkart, Parteipräsident  
FDP.Die Liberalen Schweiz**

Wir geben diesen Auszug in Absprache mit dem Parteipräsidenten wieder. Es handelt sich um eine Transkription der mündlich gehaltenen Rede.

## Delegiertenversammlung

Breite Unterstützung der Wirtschaftsverbände für die Renteninitiative.



## Engagiert für realistische Lösungen

Die FDP stellt die Weichen für eine nachhaltige und reformorientierte Politik

Gleich sechs Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug gefasst. Über 350 Freisinnige setzten ein klares Zeichen für sichere AHV-Renten. Die Delegierten sprachen sich ebenfalls gegen eine weitere Verstaatlichung des Gesundheitswesens sowie für eine leistungsfähige Infrastruktur aus. Nach einer Schweigeminute für den verstorbenen alt Ständerat Dick Marty rief Parteipräsident Thierry Burkart die Parteibasis dazu auf, an der liberalen Grundgesinnung der Partei festzuhalten.



Bundsrätin Karin Keller-Sutter spricht zur Schuldenbremse.



Alt Bundesrat Kaspar Villiger nahm ebenfalls an der DV teil.





Ständerat Matthias Michel (ZG) im Gespräch mit Nationalrat und Fraktionspräsident Damien Cottier (NE).



Andri Silberschmidt erklärt den Delegierten das Vorhaben des Prämien-Entlastungs-Initiativkomitees.



Bundesrat Ignazio Cassis bei seiner Rede zur Europapolitik.



Bettina Balmer, Nationalrätin (ZH).



Nationalrat Heinz Theiler (SZ).



Regine Sauter informiert vor der Parolenfassung über die Kostenbremse-Initiative.

Simon Michel.



### Bilaterale III

Entscheidende Weichenstellung für die Zukunft

Der bilaterale Weg ist ein Erfolgsmodell. Mit den Bilateralen III will die Schweiz die gute Beziehung zu unseren europäischen Partnern auch in Zukunft sicherstellen und weiterentwickeln. Insbesondere die SVP schimpft dies eine Unterwerfung, eine Anpassung, eine Unterjochung. Dabei geht es im Kern um die Fortführung unseres «Schweizer Modells». Aber auch in unseren Reihen gibt es skeptische Stimmen. Deshalb ist es wichtig, dass wir das finale Verhandlungsergebnis des Bundesrates abwarten. Gleichzeitig aber sollten wir uns die Frage stellen, was denn die Alternativen sein könnten.

Die Schweiz ist mit Europa wirtschaftlich und gesellschaftlich eng verbunden. Über 50 Prozent unserer Exporte gehen in Länder der EU, gegen 70 Prozent der Importe kommen aus Ländern der EU. Das Handelsvolumen beträgt über 1 Milliarde Franken pro Arbeitstag. Wir teilen gemeinsame Werte, Geschichte und Kultur.

#### **Bilaterale Verträge vs. Freihandelsabkommen**

Als zentrales Bindeglied zwischen der Schweiz und der EU agieren die bilateralen Verträge. Sie gehen wesentlich weiter als Freihandelsabkommen, bei

denen es in erster Linie um den Abbau von Zöllen geht. Die bilateralen Verträge beinhalten in Bezug auf Güter insbesondere auch Produktzulassungen, gemeinsame Standards oder den Zugang zu gemeinsamen Datenbanken mit fehlerhaften Produkten. Ein Produkt, das in der Schweiz hergestellt und zugelassen wird, kann damit automatisch auch in Ländern der EU verkauft werden und umgekehrt.

Die bilateralen Verträge sind eine massgeschneiderte Lösung für beide Seiten. Sie sind ein Erfolgsmodell für die Schweiz, jedoch auch ein Sonderweg für die EU. Ein Sonderweg, der sich in

den letzten Jahren langsam zu einer unbefestigten Strasse entwickelt hat und irgendwann enden könnte, wenn er nicht neu befestigt wird. Swissmem spricht deshalb auch von einem «dringend notwendigen Service».

#### **Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen**

Der Bundesrat hat es geschafft, in den Sondierungsgesprächen einen neuen Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen aufzusetzen. Ein Modell ohne horizontale, institutionelle Verpflichtungen.



«Eines ist jedoch klar:  
Das Nichtstun, die Erosion,  
das Auslaufen der Verträge  
ist keine Option.»



Maroš Šefčovič, EU-Vizekommissionspräsident und Verantwortlicher für das Schweiz-Dossier. Foto: Europäische Union (2023)

tungen, wie das bei weiterführenden Freihandelsabkommen der Fall ist, stattdessen mit klaren Regeln pro Abkommen mit für die Schweiz vorteilhaften Ausnahmen. Dadurch sollen die Bilateralen I und II abgesichert und neue Kooperationen, zum Beispiel im Zugang zum Strommarkt, ermöglicht werden.

#### Nichtstun ist keine Option

Die Verhandlungen mit der EU werden voraussichtlich diesen März beginnen. Wie hoch der Preis für das Paket der Bilateralen III schlussendlich sein wird, wird sich im Detail erst in rund einem Jahr zeigen. Eines ist jedoch klar: Das Nichtstun, die Erosion, das Auslaufen der Verträge ist keine Option. Dadurch würden unweigerlich auch Errungenschaften wie Schengen/Dublin wegfallen, und die Schweiz würde zu einem Drittstaat, mit all seinen Konsequenzen beim Reisen, beim Handeln, beim Zugang zu Arbeitsstellen, usw.

Ohne die Bilateralen III gibt es keine Aktualisierung bestehender Abkommen mehr. So hat die

EU-Kommission 2019 die Börsenäquivalenz nicht verlängert. Unsere Forschenden und Schulen zahlen den Preis für den Verlust der Assoziierung bei Horizon Europe oder Erasmus. Die Nichtaktualisierung des MRA (Mutual Recognition Agreement) hat die Schweizer Medtech-Branche faktisch über Nacht als erste von 20 Branchen vom EU-Markt ausgeschlossen. Aufwendige Produktneuzulassungen waren notwendig. Weitere Branchen, wie Baustoffe, Spielwaren oder Maschinen, folgen ab 2026, wenn wir bis dann keine Lösung haben.

#### Bilaterale Abkommen als Königsweg

Bleibt die Alternative eines erweiterten Freihandelsabkommens basierend auf jenem von 1972, wie es von Gegnern des bilateralen Wegs gerne ins Spiel gebracht wird. Ein Freihandelsabkommen schliesse jedoch die Landwirtschaft mit ein, führte zur Übernahme von Sozial- und Umweltnormen und stünde in Konflikt mit den staatlichen Beihilfen, Stichwort Kantonalbanken. Ist das mehrheits-

fähig? Es darf bezweifelt werden. Der bilaterale Weg ist und bleibt der Königsweg.

Mit den Bilateralen III haben wir die Chance, die Beziehungen mit der EU zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Als Unternehmer, FDP-Nationalrat und APK-Mitglied werde ich mich für eine gute Vorlage einsetzen. Dem Verhandlungsteam wünsche ich viel Erfolg und Durchhaltewillen!

**Simon Michel, Nationalrat SO und CEO Ypsomed Holding AG**



FDP-Position zu Europa.

Pressekonferenz der FDP zur Migrationspolitik (2023). Fotos: Jannik Kaiser



Seit vielen Jahren beschäftige ich mich mit dem Thema Migration. In der letzten Session wurden zwei meiner drei Motionen, die der Ständerat bereits angenommen hatte, auch vom Nationalrat angenommen.

Die eine betraf die Forcierung der Dublin-Rückführungen nach Italien, die Italien seit Dezember 2022 verweigert, die andere die konsequente Rückführung von algerischen Staatsangehörigen, die unser Land verlassen müssen. Die letzte wurde unverständlicherweise von der gesamten Linken und mithilfe der Mitte abgelehnt. Mit dieser Motion sollte eine Lösung für die Rückführung von eritreischen Staatsangehörigen gefunden werden, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen, da ihnen kein internationaler Schutz zusteht.

### FDP-Migrationsprogramm «Hart, aber fair»

Seit den eidgenössischen Wahlen im Herbst polarisiert das Thema Migration die Schweizer Politik. Die einen wollen die Türen unseres Landes weit öffnen und die anderen wollen sie doppelt verriegeln. Leider führt diese von Schwarz-Weiss-Denken geprägte Weltsicht nicht weiter. Aus diesem Grund hat die FDP bereits Jahre zuvor das Migrationsprogramm «Hart, aber fair» lanciert und hält daran fest. Es steht für unsere Migrationspolitik, die ausgewogen und menschlich sein muss, aber unerbittlich gegenüber jenen Migranten, die in der Schweiz Straftaten begehen, sich nicht an unsere Gesetze halten und versuchen, unser System auszunutzen.

Diese ausgewogene Politik ist vielleicht weniger spektakulär als das Einnehmen von scharfen oder gar extremen Positionen, die in der Tatsache keine Lösung für das Problem bieten, sondern im Gegenteil die Polarisierung innerhalb unserer Gesellschaft verstärken und die Akzeptanz für unser noch funktionierendes Asylsystem schwinden lassen.

Vor allem aber vergisst die FDP nicht, dass die Migration das Schicksal von Menschen, unseren Mitmenschen, widerspiegelt. Deshalb müssen wir diese Menschlichkeit im Auge behalten, wenn wir über Migration sprechen. Es ist uns ein zentrales Anliegen, mit unserem Handeln unserer langjährigen humanitären Tradition gerecht zu werden.

### Der UNO-Migrationspakt von 2018

Die internationale Gemeinschaft hat am 10. Dezember 2018 den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Migrationspakt) verabschiedet. Der Migrationspakt basiert auf den internationalen Menschenrechten und bekräftigt die Verpflichtung der Staaten, alle Menschenrechte für alle Migranten zu achten, zu schützen und umzusetzen. Bei der Eröffnung der Konferenz in Marrakesch bezeichnete UN-Generalsekretär António Guterres den Pakt als «Fahrplan zur Verhinderung von Leid und Chaos». Er

«Hart, aber fair»  
steht für unsere  
Migrationspolitik,  
die ausgewogen und  
menschlich sein muss,  
aber unerbittlich  
gegenüber jenen  
Migranten, die in der  
Schweiz Straftaten  
begehen, sich nicht an  
unsere Gesetze halten  
und versuchen, unser  
System auszunutzen.»



«Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren.»



Ständerat Damian Müller an der DV in Kreuzlingen (2023).

betonte, dass der Pakt kein neues Recht auf Migration und die Pflicht, Migranten aufzunehmen, schafft, sondern stellte klar, dass «Migranten unabhängig von ihrem Status Menschenrechte geniessen sollten». Zudem sollen Migrationsgründe reduziert und die internationale Zusammenarbeit bspw. für die Rückkehr von Migranten verbessert werden.

#### Überprüfung aufgrund von Vorbehalten in der Bevölkerung

Das Parlament stand seiner Unterzeichnung damals zögerlich gegenüber. Dies, nachdem grosse Vorbehalte aus der Bevölkerung geäussert wurden. Nun hat der Bundesrat, nachdem die Frage zu Soft-Law ausführlich behandelt und dargelegt wurde, einen Bericht zu den Auswirkungen des Pakts vorgelegt. In seinem Bericht zeigt das EDA auf, dass der Pakt nur Soft Law-Bestimmungen enthält und keine negativen Auswirkungen ersichtlich sind. Der Pakt beinhaltet also keine rechtlichen Verpflichtungen für die Schweiz, sondern empfiehlt lediglich bestimmte Massnahmen, die ergriffen werden sollten. Angesichts dieser überzeugenden Erklärungen schlug ich in der ausserpolitischen Kommission des Ständerates vor, dass die Schweiz den Migrationspakt unterzeichnet und sich dem Konzert der Nationen anschliesst.

#### Annahme nur, wenn mit schweizerischem Recht vereinbar

Dies jedoch nicht, ohne die Ängste aus der Bevölkerung zu adressieren und nötige Klarstellungen und Vorbehalte festzuhalten. So möchte ich mit meinem Antrag sicherstellen, dass die Annahme des Paktes mit dem geltenden schweizerischen Recht vereinbar ist und sich durch den Beitritt keine Änderung begründen lässt. Zudem sollen künftige Weiterentwicklungen der Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Weiter wird klargestellt, dass gewisse Massnahmen von der Schweiz nicht mitgetragen werden, beispielsweise was Einschränkungen der Medienfreiheit angeht.

Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren. Deshalb bin ich der Meinung, dass es für die Schweiz an der Zeit ist, den Migrationspakt zu unterzeichnen, da dieser unser Asylgesetz nicht tangiert. Denn für uns gilt nach wie vor: Rückführungen haben absolute Priorität und wir halten unmissverständlich an unserer Haltung «Hart, aber fair» fest!

**Damian Müller, Ständerat LU**

Roger Federer 2005 in Wimbledon. Wikimedia Commons



## Grand Slam für die Energiepolitik

Ja zur sicheren Stromversorgung

Erinnern Sie sich noch an den ersten Wimbledon-Titel von Roger Federer? Das war im Jahr 2005. Federer ist mittlerweile weg. Die Erhöhung der Grimsel-Staumauer wartet jedoch immer noch auf die Bewilligung, obwohl diese ebenfalls im Jahr 2005 beantragt wurde. Wie soll die Schweiz ihre Energiezukunft meistern, wenn selbst die Erhöhung einer seit Jahrzehnten bestehenden Staumauer im bürokratischen Dickicht stecken bleibt?

Eine wichtige Vorlage, um in dieser Frage endlich voranzukommen, ist das Bundesgesetz über die sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Der sogenannte Mantelerlass beinhaltet zielführende Massnahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in den Bereichen Wasserkraft, Solar- und Windenergie. Insgesamt leisten die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung unserer Stromversorgung und zur Erreichung der Klimaziele 2050. Denn unser Land will in knapp 25 Jahren emissionsfrei sein. Konkret bedeutet dies, dass wir keine klimaschädlichen Gase mehr ausstossen dürfen oder diese durch Einsparungen an anderer Stelle kompensieren müssen.

### Zusätzlicher erneuerbarer Strom benötigt

Den Weg hin zu Netto-Null 2050 hat das Stimmvolk im vergangenen Juni mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Gletscherinitiative unterstützt. Damit dies gelingt, brauchen wir viel zusätzlichen erneuerbaren Strom. Mit dem steigenden Strombedarf und dem Wegfall bestehender

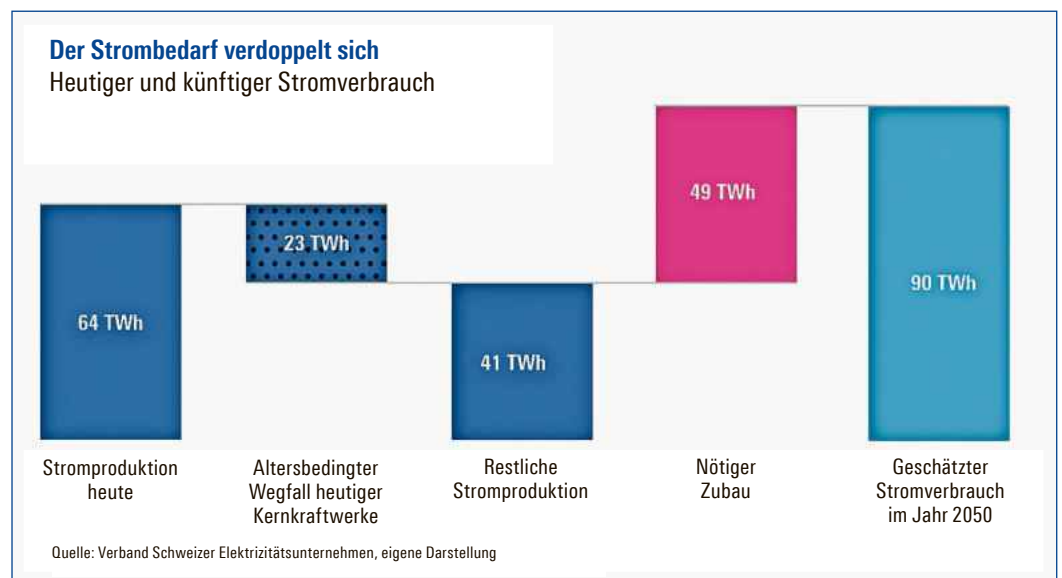
Kernkraftwerke entsteht eine Stromlücke von voraussichtlich rund 50 TWh (siehe Grafik). Im neuen Stromgesetz sind klare Ziele festge-

schrieben, um die inländische Stromproduktion durch den raschen Aus- und Zubau erneuerbarer Energien zu steigern. So sollen die Erneuerbaren (ohne Wasserkraft) bis 2035 35 TWh und bis 2050 45 TWh liefern. Die Wasserkraft soll ihre Produktion bis 2035 auf 37,9 TWh und bis 2050 auf 39,2 TWh steigern. Das Gesetz will dies primär durch Investitionsanreize und Planungssicherheit erreichen. Hinsichtlich des Landschaftsschutzes wurde intensiv über das Verhältnis Schutz versus Nutzen diskutiert und gerungen. Gesamthaft gesehen wurden tragfähige Kompromisse geschmiedet. So konnte zum Beispiel die Forderung nach einer generellen Solarpflicht aus dem Gesetz entfernt werden. Demgegenüber hatten wir leider keinen Erfolg mit dem Begehren nach einer vollständigen Öffnung des Strommarktes. Gerade diese Öffnung hätte Marktelemente gebracht und den Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit gegeben, ihren Lieferanten selbst zu wählen. Ein kleiner Erfolg ist aber die Schaffung von lokalen Stromgemeinschaften, sogenannten LEGs.

### Ein Ja ist essenziell

Mit der sehr klaren Verabschiedung des Stromgesetzes hat das Parlament ein eindrückliches Zeichen gesetzt. Trotzdem ist es einer kleinen Gruppe von Landschaftsschützern und Windkraftgegnern gelungen, das Referendum zu ergreifen. Die Bevölkerung wird voraussichtlich im Juni 2024 über die Vorlage abstimmen. Die Unterstützung der Stimmberechtigten an der Urne ist essenziell: Die Dringlichkeit ist hoch und das Gut – die Versorgungssicherheit in der Schweiz – von enorm hoher Bedeutung. Denn Energiesicherheit betrifft uns alle. Setzen wir uns also gemeinsam ein für eine sichere Zukunft!

**Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin SG**



KOLUMNE

## AHV für Babyboomer sichern

Die Schweizer Bevölkerung lebt länger. Die Geburtenrate sinkt. Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sinkt ebenfalls. Diese langfristigen Trends führen dazu, dass der AHV gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen in den kommenden 25 Jahren über 100 Milliarden Schweizer Franken fehlen. Handeln wir nicht jetzt, werden in Zukunft die Mehrwertsteuer und Lohnabgaben massiv erhöht werden müssen.

Dies hätte zur Folge, dass alle in der Schweiz eine finanzielle Mehrbelastung erfahren würden. Der arbeitenden Bevölkerung würde jeden Monat mehr Abgaben von ihrem Lohn abgezogen werden. Die konsumierende Bevölkerung müsste bei jedem Einkauf mehr Steuern zahlen, um die AHV-Financen zu stabilisieren. Wir sprechen von durchschnittlich vier Milliarden Schweizer Franken, die pro Jahr fehlen. Das ist viermal so viel, wie der Bund pro Jahr für die Berufsbildung ausgibt. Handeln wir nicht jetzt, wird der Bund schmerzliche Sparmassnahmen umsetzen müssen, um die AHV zu sanieren. So weit darf es nicht kommen.



Die Renteninitiative sieht einen Weg ohne höhere Steuern und Abgaben vor. Die Volksinitiative, welche am 3. März 2024 zur Abstimmung kommt, verlangt, dass das Rentenalter schrittweise in den kommenden zehn Jahren auf 66 Jahre angehoben wird. Im Anschluss soll es an die Lebenserwartung gebunden werden. Die Logik ist simpel. Wir beziehen heute durchschnittlich zehn Jahre länger eine AHV-Rente als bei der Gründung der AHV. Wir zahlen aber immer noch

gleich lange ein. Diese Rechnung geht nicht mehr auf. Wenn wir alle ein paar Monate länger einzahlen, können wir die AHV-Financen und somit die AHV-Renten der Babyboomer-Generation sichern.

Es ist klar, dass nicht jede und jeder bis 65 oder 66 Jahren arbeiten kann. Für die betroffenen Personen und Branchen müssen – wie dies heute zum Beispiel in der Baubranche bereits der Fall ist – sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Das Parlament wird dies bei der Umsetzung der Initiative berücksichtigen müssen. Die Arbeitslosen- wie auch die Sozialhilfequote sind auf einem historischen Tiefstand. Die Arbeitgeber suchen händeringend nach Arbeitskräften. Mit der Anpassung des Rentenalters würde auch die Migration reduziert, da weniger Personal aus dem Ausland rekrutiert werden muss. Stimmen wir Ja zu einer gesunden AHV und somit Nein zu mehr Steuern und Abgaben.

**Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH und Vizepräsident FDP.Die Liberalen Schweiz**

**FDP**  
Die Liberalen



**Informiert  
bleiben?**

Jetzt «Freisinn» abonnieren

Wir machen

die Schweiz stark!

# AHV ruinieren?

## **Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV**

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

## **Die 13. AHV-Rente macht die jüngsten Reformschritte zunichte**

Eine 13. AHV-Rente nach dem Giesskannenprinzip kostet mehr als dreimal so viel, wie die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 an Einsparungen bringt. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer vom 1.1.2024 von 7.7% auf 8.1% zugunsten der AHV würde für die Finanzierung der 13. AHV-Rente nicht ausreichen und eine weitere Erhöhung auf 9.1% in 2026 wäre absehbar.

## **Mehrkosten für Bund, Wirtschaft und Privathaushalte**

Die Initiative könnte nur über höhere Bundes- und Mehrwertsteuer sowie Lohnabgaben finanziert werden. Spürbare Mehrausgaben für Bund, Arbeitgeber und Privathaushalte wären die Folge. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

## **Generationengerechtigkeit geht in beide Richtungen**

Die 13. AHV-Rente würde schon ab 2026 für ein negatives Umlageergebnis sorgen und so bis 2050 einen Schuldenberg von 115 Milliarden Franken anhäufen. Bezahlen müssten das die erwerbstätigen Generationen.

**3. März 2024**  
[www.13ahvnein.ch](http://www.13ahvnein.ch)

**13. AHV-  
Rente  
NEIN**